

Liechtenstein | gestern 10:52 (Aktualisiert gestern 11:52)

Diskriminierung: Integrationsstudie zeigt Handlungsbedarf auf



(Symbolfoto: Shutterstock)

VADUZ - Die Arbeitsgruppe Integrationsstrategie hat unter der Leitung des Ministeriums für Gesellschaft eine Studie mit dem Titel: "Integration in Liechtenstein: Sozioökonomische Potenziale und Spannungsfelder" in Auftrag gegeben, die nun veröffentlicht wurde. Die Studie untersucht eine Vielzahl von für die Integration zentralen Lebensbereichen und gibt einen Überblick über das liechtensteinische Integrationsgeschehen. Damit zeigt sie aber auch auf, wo noch Handlungsbedarf besteht.

Plus - Artikel

Dank Ihrem Volksblatt-Abo können Sie diesen Artikel exklusiv lesen.

Die Studie wurde im Auftrag des Ministeriums für Gesellschaft und des Vereins für Menschenrechte Liechtenstein vom Swiss Forum for Migration and Population Studies (SFM) der Universität Neuchâtel in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule St. Gallen und im Rahmen des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) durchgeführt. Sie beabsichtigte, das Integrationsgeschehen im Fürstentum Liechtenstein zu analysieren und Einblick in die Sichtweisen und Realitäten der Migrationsbevölkerung zu geben.

"Die 'Willkommensniveaus' gestalten sich unterschiedlich, wie ein Experte es etwas überspitzt auf den Punkt bringt, abhängig davon, wo Zugewanderte auf der Skala von 'Nützlichkeit', 'Kulturnähe' und Hautfarbe eingeordnet werden."

«Willkommensniveaus»

Die befragten Zugewanderten fühlen sich laut Studie zum einen in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, bei Behördengängen und Freizeitaktivitäten akzeptiert, zugleich nehmen sie teilweise Vorbehalte und in manchen Situationen Ablehnung wahr. Wie sie von

der Mehrheitsbevölkerung aufgenommen werden, unterscheidet sich aus Sicht der befragten Migranten in Abhängigkeit von ihrem Hintergrund. Die «Willkommensniveaus» gestalten sich unterschiedlich, wie ein Experte es etwas überspitzt auf den Punkt bringt, abhängig davon, wo Zugewanderte auf der Skala von «Nützlichkeit» (unworbene Fachkräfte versus ersetzbare Hilfskräfte und ungerufene Flüchtlinge), «Kulturnähe» (deutschsprachige Christen/Katholikinnen versus fremdsprachige Muslime) und Hautfarbe («Weiss» versus «Schwarz») eingeordnet werden.

Die rechtlichen Aufenthaltsmöglichkeiten unterscheiden sich je nach Herkunft und Einreisekanal und können die genannten Unterschiede verstärken. Personen, die weiter oben auf der soziokulturellen oder beruflichen und rechtlich-administrativen Skala stehen, würden laut Studie weit seltener von Ablehnung etwa bei der Arbeits- und Wohnungssuche berichten.

Anfällig sind die Nachkommen der letzten «Gastarbeitergeneration» (vor allem aus den Nachfolgestaaten von Jugoslawien und aus der Türkei) sowie nachziehende Personen aus Drittstaaten. Diese Gruppen müssten nicht nur die üblichen Integrationsbemühungen erbringen, sondern teilweise zusätzliche Barrieren wie etwa Vorurteile überwinden.



"Ma kennt sich" - Integration im Kleinstaat

Während sich vergleichbare Situationen in allen Einwanderungsländern zeigen, ist ein Kleinstaat wie Liechtenstein von Besonderheiten betroffen: So sind die meisten Einheimischen zumindest indirekt miteinander bekannt oder weit verwandt. Im Vergleich zu grösseren, anonymen Kontexten wie grösseren Städten fallen Zugewanderte schneller auf und werden eher mit Vorbehalten und Diskriminierung konfrontiert. Zugleich erleben sie Einheimische auch in der Rolle von Unterstützerinnen und Mentoren, die ihnen Zugänge unkompliziert öffnen können. Dies entscheidet gemäss Aussagen der Befragten mitunter stark über die soziale Integration und ihre Chancen etwa bei der Wohnungs- und Arbeitssuche.

Wollen dazugehören

Die vorliegende Integrationsstudie verzeichnet insgesamt Fortschritte in der Integration von Zugewanderten: Ausländerinnen und Ausländer, mehrheitlich im arbeitsfähigen Alter, sind beispielsweise von Arbeitslosigkeit im Vergleich zur Lage in Nachbarländern wenig betroffen, wobei laut der Studienautoren auch die restriktive Zulassung eine Rolle spielen dürfte. Nicht zuletzt dank des Ausbaus von Sprachkursen und Unterstützungsmaßnahmen schreitet die sprachliche Integration insbesondere der zweiten Generation erfolgreich voran. Somit konnten auch die Bildungschancen von Kindern verbessert werden, so die Studie weiter.

Teilhabe am politischen Geschehen durch die ausländische Bevölkerung sei hingegen aufgrund der langen Wartezeiten bei Einbürgerungen und aufgrund des fehlenden kommunalen Ausländerstimm- und Wahlrechts praktisch inexistent. Dies gilt offenbar auch für Formen von Mitsprache (Konsultationen, Gremien). Die befragten Zugewanderten fühlen sich im Grossen und Ganzen gut bis sehr gut integriert. Viele wollen heute dazugehören, die Gesellschaft mitgestalten und als Bürgerinnen des Landes dieselben Rechte wie die Einheimischen geniessen – dies auch bei allfälliger kultureller Differenz. Vorurteile sowie Erfahrungen von Ausgrenzung und Ablehnung stören dieses Selbstverständnis der Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit.

"Migrantenkinder haben teilweise geringere Möglichkeiten, ihr Potenzial zu entfalten als einheimische."

Schlechtere Bildungschancen

Trotz verbesserter Bildungschancen von Kindern scheine der bisher verfolgte Weg der Kompensationspädagogik laut Studienautoren nicht ausreichend, um Chancengerechtigkeit vollumfänglich herzustellen. "Migrantenkinder haben teilweise geringere Möglichkeiten, ihr Potenzial zu entfalten als einheimische", so die Studienautoren.

Die Befragten machten zudem auf Mechanismen aufmerksam, die sich gegenseitig verstärken: Kinder, die aufgrund ihrer sozialen und ethnischen Herkunft weniger anerkannte Ressourcen mitbringen (Deutschkenntnisse, Bildungsvoraussetzungen), von den Eltern weniger unterstützt werden und dadurch bereits in ihrer Potenzialentfaltung benachteiligt sind, stossen teilweise auf Vorurteile bei Lehrpersonen (selten Ausländerfeindlichkeit, meist unbewusste Defizitannahmen), werden dadurch weniger gefördert, verlieren eher Motivation und Selbstvertrauen, erbringen noch schlechtere Leistungen und werden ggf. verhaltensauffällig. Die darauffolgenden Sanktionen würden solche Abwärtsspiralen weiter verstärken.

Fachleute plädieren deshalb für den Ausbau der kürzlich aufgenommenen Frühfördermassnahmen, ebenso wie für Schulreformen, zusätzliche Ressourcen und Sensibilisierung von Lehrpersonen und Massnahmen für Risikogruppen.

Religiöse Vielfalt

Die befragten Musliminnen und Muslime vertreten ein breites Spektrum an religiösen Einstellungen, von konservativ-bewahrend über reflektiert bis zu säkularisiert. Radikale Tendenzen lassen sich laut Studie hierzulande kaum ausmachen. Wie in den umliegenden Ländern befinden Muslime sich – und nicht nur sie – auf der Suche nach neuen tragfähigen Identitäten, die auch die Zugehörigkeit zu Liechtenstein umfassen. Sie streben nach gleichberechtigter Teilhabe und Sichtbarkeit im öffentlichen Raum im Rahmen einer multireligiösen Gesellschaft: Dazu würde beispielsweise diskriminierungsfreies Tragen des Kopftuchs, (der Wunsch nach) grösseren Moscheen oder Bet- und Fastenmöglichkeiten am Arbeitsplatz gehören. Neben einer öffentlich-rechtlichen Anerkennung wünschen sich Muslime, darunter auch die weniger religiösen, eine gesellschaftliche Anerkennung.

"Mit der zunehmenden Integration und Verankerung der Zugewanderten nehmen Konflikte tendenziell eher zu statt ab. Diese gilt es weniger zu vermeiden, als sie möglichst konstruktiv zu lösen."

«Integrationsparadox»

Die Studie zeige: Die meisten migrierten Studienteilnehmenden wollen sich in verschiedenen Lebensbereichen einbringen und in der Gesellschaft als gleichberechtigt anerkannt werden. Studienteilnehmende berichten in der Studie von verschiedenen Konflikten, die in diesem Zusammenhang entstanden sind und deren Lösung noch aussteht (Dialog, Organisation in Dachverbänden, Moscheen, Grabfelder etc.). Daher kann laut Studienautoren auch in Liechtenstein von einem «Integrationsparadox» gesprochen werden:

«Mit der zunehmenden Integration und Verankerung der Zugewanderten nehmen Konflikte tendenziell eher zu statt ab. Diese gilt es weniger zu vermeiden, als sie möglichst konstruktiv zu lösen», so die Autoren.

Integrationsmassnahmen adressieren bislang ausschliesslich die tatsächlichen oder unterstellten Defizite der Zugewanderten, während gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse und damit verbundene Spannungsfelder unsichtbar bleiben. Auch Liechtenstein stehe somit vor einer doppelten Integrationsaufgabe: Wandel der Aufnahmegesellschaft (Öffnung der Institutionen, Akzeptanz des Wandels zu einer vielfältigen Gesellschaft) und Integration der Migrantinnen und Migranten.

Wichtige Handlungsansätze

Die Studie zeigt eine Reihe von Handlungsoptionen aufgezeigt, die sowohl aus der Sicht der Befragten als auch von Seiten des Forschungsteams unumgänglich, vordringlich oder zumindest sinnvoll seien: Es handelt sich dabei erstens um die Schaffung resp. Stärkung einer rechtlich und ressourcenmässig ausreichend abgestützten Integrationsfachstelle, deren Verantwortliche auf staatlicher Seite die Federführung und Koordination übernehmen und Hauptansprechpersonen für Gemeinden, Behörden, Politik und Zivilgesellschaft, aber auch für die Zugewanderten sind. Ferner erscheint laut Studie eine durchdachte Erstinformation für Neuzuziehende sinnvoll. Diese könne verschiedene Formen annehmen, stelle aber in jedem Fall einen ersten Kontakt zwischen Migrierten und der Mehrheitsbevölkerung her.

[Hier geht es zur Studie.](#)

(red/pd)